

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 11.03.2025
- TOP 3** Informationen vom TuS e.V.
- TOP 4** Umsetzung einer Ehrenamtskarte auf Norderney
- TOP 5** Umgestaltung des Skateparks
- TOP 6** Bericht der Schulleiter
- TOP 7** Stand zur Umsetzung des Ganztags in Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/2027
- TOP 8** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 9** Anfragen und Anregungen
- TOP 10** Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Eggers eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Zudem informiert sie, dass Ratsmitglied Herr Blömer Ratsmitglied Frau Heckelmann für die SPD vertrete und Ratsmitglied Herr Ennen stellvertretend für Ratsmitglied Frau Selinger-Hugen für die CDU vor Ort sei.

Abschließend gibt sie bekannt, dass kurzfristig aufgrund des Wechsels der Elternvertretung der Grundschule im TOP 2 der TOP 2.1 *Verpflichtung zur Elternvertretung* aufzunehmen sei. Es gibt keine Änderungswünsche oder Ergänzungen.

zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 11.03.2025

Es gibt keine Wortmeldungen zum Protokoll vom 11.03.2025.

Ratsmitglied Herr Blömer erkundigt sich nach der Annahme der IPads und möglichen Beschädigungen sowie die dazugehörige Rechnungslegung. Er stellt die Frage, wer dafür aufkomme. Herr Bürgermeister Ulrichs schlägt vor, das Thema unter *Anfragen und Anregungen* zu beraten. Diesem Vorgehen wird zugestimmt.

zu TOP 2.1 Verpflichtung zur Elternvertretung

Die Vorsitzende Frau Eggers begrüßt Frau Fuhrmann als künftige Elternvertreterin der Grundschule Norderney und gibt das Wort an Herrn Bürgermeister Ulrichs weiter. Dieser übernimmt die Verpflichtung sowie die Belehrung und übergibt die damit einhergehenden Unterlagen an Frau Fuhrmann.

Beschluss:

Das Protokoll vom 11.03.2025 wird mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	5
Nein:	1
Enthaltung:	0

zu TOP 3 Informationen vom TuS e.V.

Die Vorsitzende Frau Eggers bedankt sich für die vorausgegangene Begehung des Sportgeländes. Sie informiert, dass während der folgenden Ausführungen Fragen aus dem Publikum möglich seien und übergibt Ratsmitglied Herrn Hahnen das Wort für weitere Informationen zum TuS e.V.

Ratsmitglied Herr Hahnen gibt bekannt, dass er seit ca. zehn Jahren im Ausschuss für Soziales, Schulen, Sport und Kultur sei und nun die Möglichkeit nutzen möchte, das Thema Sport aufzugreifen. Er führt anhand einer Präsentation (Anlage TOP 3) durch das Thema. Dabei spricht er auch Problemfelder an.

Im März 1946 sei der TuS e.V. gegründet worden und gehöre somit seit fast 80 Jahren zum Ortsbild. Er sei der viertgrößte Verein in Ostfriesland und es werde alles ehrenamtlich ohne hauptamtliche Geschäftsführung gestaltet. Derzeit gebe es ca. 1.400 Mitglieder. Zielgruppe seien alle Insulanerinnen und Insulaner mit Erstwohnsitz.

Anschließend gibt Ratsmitglied Herr Hahnen einen Überblick zu den Herausforderungen des Vereins und stellt die vielfältigen Sportangebote dar. Er spricht beispielsweise vom gesellschaftlichen Wandel und dass heute bei Zahlung von Mitgliedsbeiträgen auch Dienstleistungen vom Verein erwartet werden, während sich die Menschen in der Vergangenheit, z.B. über Arbeitsdienste, für ihren Verein engagierten.

Jährlich gebe es etwa 1.500 Überfahrten für Kinder und Jugendliche zu sportlichen Wettkämpfen, bei denen Busse bereitgestellt werden, Fahrtkosten entstehen und die Logistik geplant werden müsse. Organisiert werde dies durch die ca. 80 Trainerinnen und Trainer sowie Eltern und Verwandte. Seit etwa 13 Jahren habe es dennoch keine Beitragserhöhungen gegeben. Kinder zahlten 8,00 € und Erwachsene 14,00 € Mitgliedsbeitrag pro Monat. Weitere Kosten entstehen für die Mitglieder nicht. Fahrtkosten für Fähren und Busse in Höhe von 65.000,00 € pro Jahr werden über das Solidaritätsprinzip gedeckt. Vor allem die bis zu 30.000,00 € Spenden pro Jahr, z.B. durch die Korus-Stiftung, und Sponsoring in Form von Sportartikeln oder Trikots tragen zur Finanzierung der Vereinsausgaben bei.

Folgende Sportarten könnten derzeit über den TuS e.V. angeboten werden: Mädchen- und Frauenfußball sowie Männerfußball, Handball, Männerturnen, Kinderturnen ab drei Jahren, Kinderleichtathletik, Spinning und Tennis. Im Gegensatz zu den anderen Sportarten werden die Tennisplätze auch an Gäste gegen Entgelt vermietet.

Außerdem stehe ein Fitnessraum zur Verfügung. Die Teilnahme am Reha-Sport mittels ärztlicher Verordnung (auch in Form von Wassergymnastik) sei ohne Mitgliedschaft möglich. Aufgrund der Kosten und Bürokratie stehe das gut angenommene Angebot jedoch in Gefahr, nicht weitergeführt zu werden.

In Zusammenarbeit mit Herrn Schreiber vom Sozialteam der KGS werde aktuell ein Kinderschutzkonzept entwickelt. Auch werden Führungszeugnisse von allen Trainerinnen und Trainern verlangt. Nächstes Ziel sei es, eine Schulung zur Sensibilisierung der Thematik Kinderschutz für die Trainerinnen und Trainern anzubieten.

Das Korus-Haus an den Sportanlagen sei bis 2011 ein defizitäres Jugendgästehaus mit 60 Betten gewesen. Danach sei es in ein Wohnhaus mit 19 Wohnungen für Beschäftigte auf Norderney umgebaut worden. Seit 2024 sei dies schuldenfrei.

Ratsmitglied Herr Hahnen informiert zudem, dass jährlich ein Informationsheft herausgegeben und einmal pro Jahr eine Fahrradtour organisiert werde.

Über ein Förderprogramm sollten nun ein Padel-Court und ein Soccer Court entstehen.

Die Vorsitzende Frau Eggers bedankt sich für die Ausführungen und erkundigt sich nach Anfragen. Herr Pape, Grundschulleiter, merkt an, dass Turnen auch im Kerncurriculum der Grundschule enthalten sei. Fragen aus dem Publikum gibt es keine.

zu TOP 4 Umsetzung einer Ehrenamtskarte auf Norderney

Die Vorsitzende Frau Eggers übergibt das Wort an Frau Böing.

Frau Böing informiert anhand einer Präsentation (Anlage TOP 4) über die Grundlagen sowie zum Prozedere der Beantragung einer Ehrenamtskarte. Die Ehrenamtskarte stelle eine Anerkennung des Landes Niedersachsen für freiwilliges Engagement dar. Betriebe erhalten bei einer Beteiligung vom Land kostenlose Werbematerialien z.B. für die Fenster, um ihre Teilnahme und Unterstützung anzeigen zu können.

Zielgruppe seien Ehrenamtliche, die sich seit mindestens zwei Jahren regelmäßig fünf Stunden pro Woche oder 250 Stunden im Jahr engagierten bzw. eine bestimmte Qualifikation, wie beispielsweise die Jugendleitercard-Ausbildung oder die Grundausbildung bei der Feuerwehr, bei den Rettungsdiensten oder dem Katastrophenschutz nachweisen. Anträge werden über den Landkreis Aurich geprüft. Die Antragstellung könne über die Ehrenamtlichen selbst oder über Einsatzstellen, die eine Anerkennung aussprechen wollen, erfolgen. Die Nutzung erfolge über eine App oder als Karte.

Auf Norderney seien aktuell zehn Ehrenamtskarten im Umlauf. Durch Frau Böing wurden verschiedene Betriebe angefragt, ob diese Vergünstigungen für Ehrenamtskarteninhaber anbieten. Hier liegen sieben positive Rückmeldungen vor. Weitere Möglichkeiten, auch seitens der Stadt Norderney, bestehen. Und auch Ideen zur Umsetzung und für Kooperationen (z.B. der Freiwilligenagentur des LK Aurich) liegen vor.

Nach ihren Ausführungen erkundigt sich Frau Böing nach einem Stimmungsbild bei den politischen Vertreterinnen und Vertretern. Ratsmitglied Herr Hahnen gibt bekannt, dass in der Vergangenheit wiederholt über die Ehrenamtskarte auf Norderney gesprochen worden sei. Er selbst finde die Karte einen guten Gedanken, aber die Umsetzung in der Praxis schwierig. Er befürchte Neid und Missgunst zwischen den Ehrenamtlichen sowie Missbrauch. Frau Böing betont, dass es festgelegte Voraussetzungen bzgl. der Einsatzzeiten für die Ausstellung einer Ehrenamtskarte gebe und Betriebe ihrerseits die Teilnahme und Rabatte steuern könnten. Zudem erfolge alle drei Jahre eine Überprüfung der Voraussetzungen und die jeweilige Einsatzstelle müsse diese bestätigen.

Ratsmitglied Herr Budde erkundigt sich nach der Definition eines Ehrenamtes. Frau Böing informiert, dass es sich um gemeinnützige Tätigkeiten auf ehrenamtlicher Basis handele. Lediglich Ehrenamtliche mit einer Jugendleiterkarte und bei der Feuerwehr, dem Rettungsdienst und Katastrophenschutz müssen keinen Nachweis erbringen.

Herr Bürgermeister Ulrichs erfragt die Rolle der Kommune. Frau Böing berichtet, dass die Verwaltung einen An Schub gebe und die Betriebe motivieren könne, sich registrieren zu lassen. Einen direkten Verwaltungsaufwand gebe es nicht. Somit sei auch kein politischer Beschluss notwendig. Grundsätzlich gelte die Ehrenamtskarte für ganz Niedersachsen und Bremen und könne auch überall in diesem Bereich genutzt werden.

Herr Goldberg ergänzt, dass im Bereich der Gemeinwesenarbeit mit dem Ehrenamt gearbeitet werde und dieses eine Säule von Frau Böings Arbeit darstelle.

Ratsmitglied Herr Geismann erinnert daran, dass Bündnis 90/ Die Grünen in der Vergangenheit einen ähnlichen Antrag gestellt haben. Die Umsetzung werde positiv bewertet. Die Ehrenamtskarte sei ein Dankeschön an Personen, die sich gemeinnützig engagieren.

Ratsmitglied Herr Blömer informiert, dass die SPD keine Einwände habe, es jedoch schwierig sein könne, diese im Alltag umzusetzen.

Die Vorsitzende Frau Eggers fasst zusammen, dass das Thema Ehrenamtskarte seitens der Verwaltung weiterverfolgt werden könne.

zu TOP 5 Umgestaltung des Skateparks

Frau Böing gibt bekannt, dass aktuell das TuS-Projekt über die LEADER-Förderung umgesetzt werde. U.a. hätten personelle und haushalterische Gründe dazu geführt, dass das Vorhaben, den Skatepark umzugestalten, vorübergehend pausiert habe. Sie informiert zum aktuellen Umsetzungsstand (Anlage TOP 5):

Die Zusage für das Projekt stamme aus dem Jahr 2023 und umfasse eine Förderung von maximal 250.000,- €. Zur Wiederaufnahme des Projektes habe ein erstes Treffen mit verschiede-

nen Akteuren aus der Skateszene und der Schule stattgefunden. Aufgrund der Kostenentwicklung werden 400 qm der Gesamtfläche mit Ortbeton versehen. Für die Restfläche von etwa 200 qm gebe es Überlegungen, einen Aufenthaltsbereich einzurichten. Dieser könne in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden, z.B. mit Sitzgelegenheiten, Bepflanzungen oder einer Hütte. Geplant sei die Fertigstellung der Skateanlage für Anfang 2027, da die Förderperiode in dem Jahr auslaufe. Momentan sei die Ausschreibung in Vorbereitung und im Herbst werde es Beteiligungsworkshops geben.

Die Vorsitzende Frau Eggers bedankt sich für die Ausführungen und erkundigt sich nach Fragen. Ratsmitglied Herr Hahnen bittet darum, den TuS e.V. in künftige Gespräche miteinzubeziehen.

Ratsmitglied Herr Geismann erkundigt sich nach den maximalen Kosten des Projektes. Frau Böing stellt klar, dass Kosten in Höhe von 500.000,-€ nicht überschritten werden sollten und somit eine Kostenteilung bei 50% Förderung und 50% Eigenanteil liege. Der Aufenthaltsbereich solle zu einem späteren Zeitpunkt, ggf. zusammen mit der TDN, in Eigenregie gestaltet werden. Ratsmitglied Herr Geismann macht sich Sorgen um den Gesamthaushalt 2025, da auch für die Übernahme des Krankenhauses größere Summen benötigt werden. Herr Bürgermeister Ulrichs erinnert daran, dass das Projekt gewollt gewesen sei und ein Rückzug aus der beantragten Förderung nicht im Raum stehe.

An einen Vorschlag aus der Vergangenheit erinnert abschließend Ratsmitglied Herr Budde: hier habe es die Idee gegeben, eine Schutzhütte oder ähnliches als Treffpunkt in einer 48-Stunden-Aktion gemeinsam mit Jugendlichen der Insel aufzustellen. Dies sei laut Frau Böing in der Förderung aufgrund der Bedingungen nicht möglich, könne aber in die späteren Planungen einbezogen werden. Weitere Fragen gibt es nicht.

zu TOP 6 Bericht der Schulleiter

Die Vorsitzende Frau Eggers gibt bekannt, dass Herr Huth entschuldigt sei und Frau Majert seinen Part übernehme. Vorerst übergibt sie jedoch das Wort an Herrn Pape von der Grundschule Norderney.

Herr Pape, Grundschulleiter, berichtet, dass aktuell 162 Schülerinnen und Schüler an der Grundschule unterrichtet werden. Für das kommende Schuljahr seien zwei erste Klassen mit jeweils 20 Kindern geplant. Zwei neue Kolleginnen werden ab dem kommenden Schuljahr das Team der Lehrerinnen und Lehrer unterstützen. Sie ersetzen eine Lehrerin in Elternzeit und eine Lehrerin, die in den Auslandschuldienst wechselte. Eine neue Kollegin könne die neugestaltete Hausmeisterwohnung beziehen. Eine Wohnung für die zweite Neueinsteigerin sei jedoch noch vakant.

Zudem sei der Mensaubau bald abgeschlossen. Hier gebe es eine schöne Akustik. Für den Umbau sei der Abriss der Gartenhütte notwendig gewesen. Hierfür werde noch ein Ersatz für die Spielgeräte benötigt.

Frau Hauschild unterrichte momentan 28 Schülerinnen und Schüler im DaZ-Unterricht. Dafür sei sie über 20 Stunden pro Woche mit den Kindern in drei verschiedenen Sprachstandsgruppen mit extrem positiven Auswirkungen im Einsatz. Die Schulbehörde habe jedoch nur 7,8 Stunden pro Woche standardmäßig zugewiesen, so dass das Landesbudget der Schule überzogen sei und Gespräche mit der Landesschulbehörde ausstehen. Hier unterstütze bisher die Stadt Norderney. Die Kinder profitierten und lernten schnell die deutsche Sprache und könnten Freundschaften schließen.

Weiterhin habe die Schulhofumgestaltung mit ersten kleinen Bauprojekten von Schülerinnen und Schülern begonnen. Die TDN habe Kunststoffpalisaden übergeben, die in einer Eltern-Schüler-Aktion aufgebaut werden sollten, um das Außengelände zu verschönern. Die Spielgeräte sollten überarbeitet werden.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Herr Ennen gibt Herr Pape bekannt, dass die Unterrichtsversorgung derzeit bei knapp unter 100% liege. Er hebt noch einmal hervor, dass es im Rahmen

von Stellenausschreibungen und Bewerbungen wichtig sei, dass angemessener Wohnraum angeboten werden könne, um Lehrerinnen und Lehrer für Norderney zu gewinnen. Die Vorsitzende Frau Eggers dankt für die Informationen.

Frau Mayert übernimmt die Ausführungen für die KGS. Sie informiert stellvertretend für Herrn Huth über die Situation an der Kooperativen Gesamtschule (KGS). Dort werden aktuell 238 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, 31 von ihnen nehmen am DaZ-Unterricht teil. Fünf Schulbegleiter stehen im Rahmen von Inklusion zur Verfügung. Ab dem kommenden Schuljahr werde das Kollegium von zwei Bundesfreiwilligen unterstützt. Seit der letzten Information seien Herr Krajinski (Hausmeister) und Frau Wichmann (Mensamitarbeiterin) neu im Team. Vier Reinigungskräfte stehen zur Verfügung. Die Stelle von Frau Giebel im Sozialbereich sei noch nicht nachbesetzt.

34 Schülerinnen und Schüler beenden ihre Schulzeit in diesem Schuljahr an der KGS. Ab dem Schuljahr 2025/2026 beginnen 36 Schülerinnen und Schüler in den 5. Klassen, jeweils 18 im Bereich Haupt- und Realschule sowie im Gymnasium.

Zwei Stellen seien wegen Pensionierungen unbesetzt und könnten nicht nachbesetzt werden, u.a. wegen fehlendem Wohnraum.

Zu Beginn des Schuljahres 2024/2025 habe es eine Unterrichtsversorgung von etwa 83% gegeben. Dies sei durch eine Abordnung vom UGN und mit Unterstützung von zwei zusätzlichen Lehrkräften auf 89,2% gesteigert worden.

Eventuell werde ab Januar 2026 eine Referendarin in den Fächern Deutsch und Sport beginnen und ab dem neuen Schuljahr eine Abordnung, ebenfalls vom UGN, für 20 Stunden pro Woche erfolgen, um den Unterricht aufrecht zu erhalten.

Zurzeit werde am Leitbild der Schule gearbeitet und es seien schulinterne Lehrerfortbildungen in Aurich geplant. Einen Schwerpunkt bilde dort die Künstliche Intelligenz.

Eine kontinuierliche Unterstützung sei für die I-Pads nötig, insbesondere bei den fünf Jahre alten Lehrer I-Pads, bei denen die Akkus zunehmend schwach werden. Das Thema beschäftige die Schule dauerhaft.

Auf Wunsch der Eltern werde Herr Schreiber, Sozialarbeiter der Schule, ab dem neuen Schuljahr ein Drogenpräventionsprojekt durchführen.

Die Vorsitzende Frau Eggers dankt für die Ausführungen und erkundigt sich nach Fragen.

Ratsmitglied Herr Blömer fragt, ob die Stelle, die von Frau Giebel besetzt worden sei, nachbesetzt werde. Frau Majert informiert, dass sich derzeit keine Nachbesetzung gefunden habe. Außerdem erinnert Ratsmitglied Herr Blömer an seine Anfrage vom Beginn der Sitzung zum Thema I-Pads. Herr Goldberg, Fachbereichsleiter FB I der Stadt Norderney, führt aus, dass es immer wieder Beschädigungen an den I-Pads gebe. Er informiert, dass die Eltern ursprünglich aufgefordert gewesen seien, die Geräte selbst zu versichern, da davon ausgegangen worden sei, dass dies über die Hausratversicherung möglich sei. Dies sei jedoch nicht so. Vielmehr sei eine Elektronikversicherung mit ausgewiesenem Eigenanteil notwendig. Da die Eltern jedoch möglichst schadfrei gehalten werden sollten, sei der Leihvertrag angepasst worden. Zudem sei die Versicherung mit einer entsprechenden Regelung im Vertrag übernommen worden, so dass Schädigungen und Alltagsrisiken mit abgedeckt seien. Die von der Kommune übernommene Elektronikversicherung enthalte auch einen Eigenanteil, hier in Höhe von 150,-€. Überwiegend liegen notwendige Reparaturen unter diesem Betrag (z.B. Displayschaden bei 99,-€), so dass die Schäden in der Regel alle von der Kommune getragen werden. Im Leihvertrag stehe nun, dass grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz von den Eltern zu tragen seien. Diese Klausel sei weitestgehend aus der Elektronikversicherung übernommen. Oftmals gebe es Beschädigungen von Tastaturen oder an den Stiften, vor allem in den 5. und 6. Klassen, so dass sich die Frage nach der groben Fahrlässigkeit stelle.

Die Kommune habe der Schule ein Schreiben auf Vertragsbasis zur Verfügung gestellt. Der an der Schule angestellte Schullassistent für Digitalisierung habe die Geräte kontrolliert und viele Beschädigungen festgestellt. Auch sei Rücksprache mit dem Hersteller gehalten worden. Unter

Annahme der groben Fahrlässigkeit seien Rechnungen an die Eltern erstellt worden, die auch bezahlt worden seien. Dennoch habe dieses Vorgehen Unmut und Diskussion hervorgerufen, so dass in der vergangenen Woche die Frage an die Kommune herangetragen worden sei, wie die Situation verbessert werden könne.

Eine Lösung solle zum kommenden Schuljahr erfolgen. Voraussichtlich werden die Verträge erneut angepasst, um die Situation der Eltern zu verbessern und Risiken zu minimieren. Dennoch gebe es die Situation, dass 30-40 Geräte im Schuljahr vor allem bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern defekt gehen. Dies ziehe eine nicht unbeachtliche Summe an Aufwendungen und Personaleinsatz nach sich.

Die Problematik sei auf den Digitalpakt des Landes Niedersachsen zurückzuführen. Die ersten Geräte seien durchfinanziert worden und gehörten streng genommen dem Land Niedersachsen. Dann seien die Verträge zwischen den Schulen, die keine Rechtsperson darstellten, und den Eltern entstanden. Somit gehörten die Geräte am ehesten der Kommune als Schulträger, da diese von ihr beschafft worden seien. Es gebe hier daher eine schwebende Rechtsposition. Die Versendung der Rechnungen erfolge über das Schulsekretariat. Die abschließende Abstimmung zum Umgang mit dem Thema grober Fahrlässigkeit stehe intern noch aus.

Ratsmitglied Herr Ennen erkundigt sich noch einmal nach der Quote der Unterrichtsversorgung, wenn weiteres Personal die Schule verlassen würde. Frau Majert wiederholt, dass die benannte Quote von ca. 89% aktuell gelte. Diese werde künftig definitiv sinken. Es wird nach den Ursachen gefragt. Frau Majert benennt die schlechte Bewerberlage aufgrund des allgemeinen Lehrermangels, vor allem im ländlichen Raum. Dieser werde prognostisch auch in den kommenden acht bis zehn Jahren bleiben.

Herr Bürgermeister Ulrichs teilt mit, dass sich die Schulleiter bzgl. des Wohnraums frühzeitig mit der Stadt Norderney in Verbindung setzten und dann Wohnungen für Lehrer bereitgehalten werden. Allerdings gebe es Personen, die sich im Vorfeld über den Wohnungsmarkt informierten und dann abgeschreckt keine Bewerbung abgeben. Ansonsten hätte man bisher jede Bewerberin, jeden Bewerber untergebracht.

Ratsmitglied Herr Geismann möchte wissen, ob über Quereinsteiger an der KGS nachgedacht worden sei. Frau Majert informiert, dass dies grundsätzlich möglich sei. Sie selbst und Herr Drake seien beispielsweise auf diese Weise ins Lehrerteam eingestiegen. Dies ändere jedoch an der Bewerberlage nichts.

Die Vorsitzende Frau Eggers dankt für die Ausführungen.

zu TOP 7 Stand zur Umsetzung des Ganztags in Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/2027

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Schulze.

Frau Schulze informiert anhand einer Präsentation (siehe Anlage TOP 7) über den aktuellen Stand der Umsetzung des Ganztages an der Grundschule Norderney, welcher ab dem Schuljahr 2026/2027 umzusetzen sei. Die gesetzliche Grundlage bilde § 24 Abs.4 SGB VIII. Damit sei der öffentliche Jugendhilfeträger ab 01.08.2026 für die Unterbreitung eines Ganztagsangebotes für alle Erstklässler zuständig. Dieser Rechtsanspruch erweitere sich in den folgenden drei Jahren um jeweils eine Klassenstufe, so dass bis zum Schuljahr 2029/2030 alle Grundschülerinnen und Grundschülern bis zur 4. Klasse einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben. Damit solle montags bis freitags eine Betreuung für acht Stunden gewährleistet werden, dies sowohl in der Schul- als auch in der Ferienzeit. Für die neunte und zehnte Stunde könne eine Betreuung über Tageseinrichtungen erfolgen, um die Bedarfe zu sichern.

Für die Ferien gebe es die Möglichkeit, dass Landesrecht bis zu vier Wochen im Jahr eine Schließzeit festlege. Als öffentlicher Jugendhilfeträger sei vor Ort grundsätzlich der Landkreis Aurich zuständig. Dieser plane für die Ferienzeit eine Rahmenkonzeption zu erstellen, in welche auch die KVHS und die Kindertagespflege bei besonderen Bedarfen einbezogen werden sollten. Die örtlichen Jugendpflegen sollten mit ihren bisherigen Erfahrungen aus der Ferienbetreuung ebenfalls Berücksichtigung finden.

Im Ganztagsförderungsgesetz seien auch Bestimmungen zur finanziellen Entlastung ab 2026 zu finden. Aufsteigend mit den vier Schuljahrgängen sei ein Ausgleich für die Betriebskosten vorgesehen. Bis 2030 werde dies eine Summe von 1,3 Milliarden Euro umfassen, ca. 40,60 € pro Schülerin und Schüler. 10% dieser Summe werden den Kommunen zur Verfügung gestellt. Die konkrete Umsetzung der Verteilung stehe jedoch noch nicht fest.

Die Schulen seien für die Umsetzung des Ganztages in der Schulzeit mit zuständig. Beim offenen Ganztage, wie es in Norderney erfolge, setze sich die Betreuung aus dem Schulunterricht am Vormittag und die Betreuungszeit am Nachmittag zusammen. Seitens des Schulamtes erfolge aktuell eine Novellierung des Erlasses „Die Arbeit an der Ganztagschule“. Dieser Erlass solle künftig in einen pädagogischen und einen vertragsrechtlichen Teil aufgeteilt werden. Die Umsetzung des Rechtsanspruches werde jedoch nicht Thema des Erlasses sein, da hierfür der öffentliche Jugendhilfeträger verantwortlich sei. Die Schule sei jedoch federführend für die Erstellung des Ganztagskonzeptes ihrer Einrichtung. Lehrpersonal solle im gesamten Ganztage, am Vormittag und Nachmittag, eingebunden sein. Dafür stelle das Land personelle Ressourcen zur Verfügung, die kapitalisiert werden könnten, so dass auch externe gemeinnützige und gewerbliche Anbieter in den Ganztage eingebunden werden könnten. Grundsätzliches Ziel dieser Angebote sei es, Lesen, Schreiben und Rechnen auch im Nachmittagsbereich zu fördern. Hierfür werden bis zu 258 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zudem sei ein neuer Klassenbildungserlass in Arbeit.

Der Schulträger sei zuständig für die baulichen und sachlichen Angelegenheiten, die Mittagsverpflegung und die Randzeiten der Betreuung über acht Stunden hinaus. Auch gebe es ein Mitspracherecht beim Ganztagskonzept der Schule.

Die erforderliche Betreuungszeit von acht Stunden pro Tag sei in den Schulzeiten an der Grundschule im Rahmen der offenen Ganztagschule bereits gegeben. Die notwendige Mensaerweiterung sei weitgehend abgeschlossen. Zu klären bleibe hingegen der Einbezug des erlaubnisfreien Hortes am Freitag in den Ganztage sowie die Mittagsversorgung und der Personaleinsatz an diesem Tage. Und auch Finanzierungsfragen und die rechtsanspruchserfüllende Ferienbetreuung seien offene Themen.

Die Vorsitzende Frau Eggert dankt für die Ausführungen. Es gibt keine Nachfragen.

zu TOP 8 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Eggert erkundigt sich nach Mitteilungen aus der Verwaltung.

Herr Bürgermeister Ulrichs informiert zum Thema Essen auf Rädern. Dieses Angebot sei, vor allem für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen, die auf Hilfe und eine warme Mahlzeit von außen angewiesen seien, sehr wichtig.

In den vergangenen Jahren sei Essen auf Rädern bei verschiedenen Trägern verortet gewesen, zuletzt seit 2023, beim Haus Klipper. Im Mai 2025 habe der Träger das Angebot jedoch aufgrund von Personal- und Wirtschaftsproblemen einstellen müssen und die Kommune darüber in Kenntnis gesetzt. Die Kommune habe sich kurzfristig des Themas angenommen, um die Fortführung zu gewährleisten.

Bis Ende Juli 2025 habe sich das Seniorenzentrum To Huus bereit erklärt, die Versorgung zu übernehmen. Dafür bedanke er sich bei der Einrichtung, vor allem da es keine Selbstverständlichkeit darstelle und einen größeren logistischen Aufwand sowie ehrenamtlichen Einsatz nach sich ziehe. Ab August 2025 müsse eine neue Lösung für die derzeit 29 Betroffenen gefunden werden. Er appelliere daher vor allem an die Großküchen, das Angebot fortzuführen und sich bei Interesse an die Stadt Norderney zu wenden. Equipment sei vorhanden und könne zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorsitzende Frau Eggers bedankt sich für die Ausführungen.

zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

Es gibt keine Anfragen oder Anregungen.

zu TOP 10 Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Publikum.

Die Vorsitzende Frau Eggers dankt allen Anwesenden für die Teilnahme und beendet die Sitzung um 20.09 Uhr.

Alexandra Eggers
Vorsitzende

Frank Ulrichs
Bürgermeister

Stefanie Schulze
Protokollführerin